

Entschließung

betreffend die dringend nötige Reform des Dienst- und Besoldungsrechtes für den Öffentlichen Dienst

Der Bundeskanzler wird aufgefordert, in Umsetzung der Entschließung vom 21. Jänner 2015 die Verhandlungen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst zur Reform des Dienst- und Besoldungsrechtes ehestmöglich mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Gesetzesvorlage abzuschließen.

